

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Bezugsräger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Vogauersstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernsprech-Anschluss Nr. 224.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1. Mißmeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnorte 7 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Anzeigenteil 30 Goldpfennig, einsch. Umklesteuer, Schwärzger und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen Annahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.
Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezugsstelle.

Nr. 117.

Dienstag, den 30. September 1930.

33. Jahrg.

Silauen bestreiten das Recht der Memel

Antwort von Dr. Curtius.

Der Völkerrundrat hat einstimmig beschlossen, die von der deutschen Regierung vorgeschlagene Memelbeschwerte auf die Tagesordnung der gegenwärtigen Tagung des Völkerrundrates zu setzen. Zum Berichterstatter wurde Hambro-Norwegen ernannt, der in der nächsten Woche dem Rat zu berichten hat. Der litauische Außenminister erklärte, daß nach dem Pariser Abkommen von 1924 die Memelländer kein Recht hätten, über die Verwaltung des Memelgebietes eine Beschwerte vor den Rat zu bringen. Litauen müsse feststellen, daß die Entschädigung des Völkerrechtsausschusses diese beiden Punkte nicht berücksichtige und seine deshalb keine Entschädigung ab. Diesem Will Litauen, nach Aussage des litauischen Außenministers, verhandeln, in späteren Fällen aber nicht mehr.
Reichsaußenminister Curtius stellte fest, daß aus der Erklärung des litauischen Außenministers von praktischer Bedeutung lediglich das Einverständnis sei, die Memelbeschwerte auf die Tagesordnung der gegenwärtigen Ratstagung zu setzen. Er schloß sich ausdrücklich die Stellungnahme Litauens ab, in der das Recht der Memelländer bestritten wird, sich an Mitglieder des Völkerrundrates zu wenden. Den Angriff der litauischen Regierung gegen das Recht müsse er aufs nachdrücklichste zurückweisen.

Ein Verständigungsversuch.

Zwischen Curtius und dem litauischen Außenminister Zauinis hat im Anschluß an die Ratssitzung eine längere Unterredung stattgefunden, in der erneut die Forderung der beiden Hauptpunkte der Memelbeschwerte (parlamentarische Bildung des Memeldirektoriums und Entschädigung jeder Wahlbeeinträchtigung) aufgeworfen worden ist. In direkten Verhandlungen zwischen der deutschen und der litauischen Regierung soll in der nächsten Zeit versucht werden, von der litauischen Regierung Garantien zu erhalten, durch die die Erfüllung der beiden deutschen Hauptforderungen sichergestellt werden soll.

Curtius und Beneš verhandeln.

Das Unterbietungsverfahren.

Reichsaußenminister Dr. Curtius hatte am Montag eine einstündige Unterredung mit dem tschechoslowakischen Außenminister Dr. Beneš, die in erster Linie den letzten Irrtümern in Prag gewidmet hat. Über das Ergebnis der Unterredung werden von amtlicher Seite keinerlei Mitteilungen gemacht; jedoch kann abgenommen werden, daß Dr. Curtius im Laufe der Unterredung sehr nachdrücklich auf die unerwünschten Auswirkungen derartiger Zwischenfälle und die Notwendigkeit der Verhinderung ähnlicher Vorkommnisse hingewiesen hat.
In Prag wurde eine Unterredung eingeleitet, die feststellen soll, wer die Schuld am Verhalten der Prager Polizei gegenüber den Demonstranten trägt. Einige höhere Polizeibeamte hatten sich geweigert, dem Wunsch des Polizeipräsidenten nach scharfen Mitteln zu entsprechen. Andererseits wird behauptet, der Innenminister habe dem Polizeipräsidenten die Weisung gegeben, den Demonstranten mit äußerster Milde entgegenzutreten.
In der Gründungsversammlung der tschechischen Liga für Menschenrechte wurde ein Antrag angenommen, der sich gegen die Ergebnisse richtet. In dem Antrag heißt es: „Die deutschen und die jüdischen Mitglieder in Prag haben ein unverbrüchliches Recht auf Sicherheit, Achtung und Gleichberechtigung. Diejenigen, die dieses Recht verletzen, vergrößern sich hinterhältig an der Demokratie der Tschechoslowakei, und es ist politische Demagogie niedriger Art, wenn sie ihre Treteln Patriottismus nennen.“

Die Schutzmaßnahmen für die Landwirtschaft.

Die Abneigung, die von den außereuropäischen Agrarländern gegen die Schutzmaßnahmen der europäischen Landwirtschaft während der Völkerrundversammlung zutage getreten ist, hat ihren Niederschlag in dem Bericht und der Entschädigung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der Völkerrundversammlung gefunden. Der Ausschuss nahm einstimmig eine Entschließung an, in der von den Mitgliedern der Völkerrundversammlung Kenntnis genommen, jedoch abgelehnt wird, zu der Frage der Vorkaufsbehandlung der europäischen Agrarprodukte Stellung zu nehmen.
Die große Aussprache des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der Völkerrundversammlung über den Vorkauf (Unterbietungs-) Frage ist mit der Annahme einer Entschließung abgeschlossen worden, die auf deutschen Antrag hin eine weitestgehende Abschmähung des ursprünglichen

Entwurfs darstellt. In der nunmehr angenommenen Entschädigung heißt es jedoch deutlich, daß die Völkerrundversammlung die schweren wirtschaftlichen Folgen der verschiedenen Dumpingmethoden feststellt und den Wunsch ausspricht, daß im Rahmen der im Genfer Handelsabkommen beschlossenen künftigen wirtschaftlichen Verständigungsverhandlungen ein gemeinsames Vorgehen gegen jede Art von Unterbietung gefordert werden soll. Das Gesuch auf deutsche Anregung.

Haarspaltereien.

Zwei Wochen hat die Regierung gebraucht, um ihre Vorlagen für den Reichstag fertigzustellen, und wieder zwei Wochen bleiben ihr für die vielleicht noch schwierigere Arbeit, eine parlamentarische Basis im Reichstag hierfür zu schaffen. Dem die Vorlagen sollen und wollen ja nicht nur eingebracht, sondern auch durchgesetzt werden. In den nächsten vierzehn Tagen wird der Reichsanwalt ja die Ansichten der Fraktionen über die Gegenentwürfe erfahren und — berücksichtigen müssen, wenn er sich nicht einer oppositionellen Wehrheit gegenüber sehen will. Aber das Kabinett Brüning will mindestens so lange am Ruder bleiben, als ein offenes Mißtrauensvotum des Reichstages nicht vorliegt. Insofern ist bei diesen Dingen um die parlamentarische Wehrheitsbildung ein latente Vorzeichen, als irgendwelche festen Gegenentwürfe bisher von keiner Partei ausgearbeitet sind, bei einem an sich ja durchaus nicht unmöglichen Sturz der Regierung Brüning also auch erst ein neues Programm aufgestellt werden müßte. Nun sind aber die Wahlfeststellungen im Reichstag eine arbeitsfähige Mehrheit zu bilden, ganz außerordentlich beschwerlich, so sehr, daß immer wieder das Gerücht von einer — Reichstagsauflösung auftaucht. Daß die Regierung sich bisher um die Wehrheitsbildung nicht oder kaum bekümmert, daß also, was man als „parlamentarische Lage“ bezeichnet, bisher ganz ungeändert ist und bleibt, hat auch viel dazu beigetragen, daß die parteipolitischen Kassenstücke eifrig in Bewegung gesetzt wurden.

Insofern auch erzählt die latente Lage für das Kabinett Brüning eine Stärkung, als die finanziellen und sonstigen Reformvorschläge nur leiser allmählich von dem Ernst der Gegenwart überschattet werden. Es ist einfach keine Zeit mehr für das Einlegen oder Einschalten parteipolitischer Eigenheiten. Erst nach dieser Richtung hin irgendeine zu binden, hat auch das Kabinett im großen und ganzen vermieden trotz aller Anspannungen, an denen es wirklich nicht fehlt. Gewiß trägt ein Wahlsieg nicht dazu bei, in einem nengebildeten Parlament Parteien leichter zu einer Arbeitsmehrheit zusammenzuführen; selbst recht laut gefagte Parteiforderungen bedeuten insofern nichts, wenn nicht das letzte Wort.

Die Fraktionen des neuen Reichstages sehen also unter dem mehr als nur moralischen Druck der Notwendigkeit, sehr bald sagen zu müssen, wie sie sich sachlich zu dem Regierungsprogramm stellen. Parteipolitische Koalitionswünsche entgegenzunehmen hat sich die Regierung schon bald nach den Neuwahlen gelehrt. Das bedeutet selbstverständlich nicht, daß nun unbedingte bleiben wird, was als Volkswollen am 14. September zum Ausdruck gekommen ist. Dazu gehört der Versuch, mehrere reaktionsspolitischen Verpfichtungen aus allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Gründen einer Diskussion entgegenzuführen, wie es der Reichsaußenminister schon wenige Tage nach der Wahl angedeutet hat. Aber drängender noch sind die innenpolitischen Aufgaben, vor allem die eine, im Haushalt des Reiches die Ausgaben den gestuften Einnahmen anzupassen. Hierbei darf selbstverständlich die zu einem früheren Gebrauch gewordene Fraktionstaktik nicht das große Wort führen wollen. Es ist einfach keine Zeit dafür. Die bekannten Vorkommnisse der letzten Tage haben auch gezeigt, daß man im Ausland mit einer gewissen Spannung auf die politische Weiterentwicklung Deutschlands sieht — und von der Beurteilung des Auslandes sind wir ja namentlich kreditpolitisch nur allzu sehr abhängig. Dazu kommen die Gefahren, die wirtschaftlich das Herannahen des Winteres erfahrungsgemäß in sich birgt, und die weit größer sind als je zuvor. Wenn dann vielleicht nicht mehr drei, sondern vier oder noch mehr Millionen Menschen erwerbslos auf der Straße liegen, dann dürfte man im deutschen Volke recht wenig für parteipolitische Haarspaltereien übrighaben. Nur darauf programmatisch und zeitlich den gebührenden Forderungen des Heut und Morgen entspricht.

Und ein solches Programm der Ausgabenbeschränkung wird sich nicht mit Halbheiten begnügen dürfen. Fast

ein Jahr schon ist es her, daß eine umfassende Finanzreform angeht wurde; sie ist bisher ausgeblieben. Was geschieht ist, was geschaffen wurde, waren nur Maßnahmen, vom Jang der Stunde bittend. Ob hat die Regierung Brüning im Wahlkampf zugeagt, dem neuen Reichstag eine wirkliche Reform vorzulegen zu wollen... Das sollte nun auch geschehen. Von einem „Programm der Sachlichkeit“ hat ein Minister vor vierzehn Tagen gesprochen und hat namens des Kabinetts damit auch etwas verprochen. Vom Reichstag ebenso wie von der Sachlichkeit der Regierung wird es abhängen, ob dieses Versprechen nun auch zur Wirklichkeit wird.

Sitzung des Reichswahlprüfungsausschusses.

Substantielles Ergebnis.

Unter Vorsitz des Reichswahlprüfungsausschusses, Geheimrats Bagemann, fand eine Sitzung des Reichswahlprüfungsausschusses statt, um das endgültige Ergebnis der Reichswahlprüfung festzusetzen. Nachdem aus den Wahlfeststellungen der amtlichen Ergebnisse vorliegen, besteht die Aufgabe des Reichswahlprüfungsausschusses lediglich noch darin, die Berechnung der Bestimmungen für die Reichswahlprüfung vorzunehmen. Die Berechnung, deren Ergebnis schon bekannt ist, wurde vom Reichswahlprüfungsausschuss genehmigt.

Wahlberechtigung 82 Prozent.

Am übrigen bleibt aus dem amtlichen Ergebnis noch festzustellen, daß die Wahlberechtigung 82 Prozent betragen hat. Insgesamt sind 34 956 728 gültige Stimmen abgegeben worden, ferner 267 741 ungültige. Der neue Reichstag besteht demnach aus 577 Abgeordneten. Die Abgeordneten Lorenz und Dittmann wandten sich gegen die Art der Berechnung der Bestimmungen bei dem gemeinsamen Reichswahlprüfungsausschuss der Reichswahlprüfungsausschusses und der Landesparlamentarier. Präsident Bagemann stellte fest, daß es sich hier um eine Zude im Wahlgang handele, das kein direktes Verbot eines solchen Zusammengehens enthält.

Volksstumpfsiege an der Nordgrenze.

Einweihung des Deutschen Hauses in Hensburg.
In Hensburg wurde im Beisein des Ministerpräsidenten Fiedle als Vertreter der Reichsregierung, des Oberpräsidenten Körbis und des Regierungspräsidenten Wegge das Deutsche Haus eingeweiht. Oberbürgermeister Dr. Zoben führte in seiner Festansprache aus: Der Zusammenbruch unseres Volkes habe besondere Gefahren in den Grenzgebieten gebracht. Daß das Deutschstumpfsiegelein in Zeiten großer nationaler Entschädigungen mächtig emporkomme, habe man beim Abstimmungsstumpfsiege gesehen. Die Gefahr der Abdrückung deutscher Volkssteine sei geboten. Darum sei es geboten, gerade in den Grenzgebieten durch verstärkte planmäßige Pflege das Volkstum zu stärken. Diejem Zwecke solle auch das Deutsche Haus dienen.

Brotverkauf nach festem Gewicht.

Polizeiverordnungen in Sicht.

Nachdem es sich herausgestellt hat, daß trotz des im Artikel 11 des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Vermarktung von Getreide und Mehl angeordneten Handels mit Brot nach festem Gewicht das Brot wie bisher nicht nach festem Gewicht verkauft wird, hat der preussische Landwirtschaftsminister die Preispolizeibehörden angehalten, Polizeiverordnungen zu erlassen, durch die angeordnet wird, daß Brot im Gewicht über 250 Gramm nur nach festem Gewicht verkauft werden darf.

Schobers Pläne.

Der Bundeskanzler wird wieder Wiener Polizeipräsident.

Von einer dem ehemaligen Bundeskanzler Dr. Schöber nahe stehenden Seite wird berichtet, daß sich Dr. Schöber zunächst auf einen kurzen Erholungsurlaub begeben und dann wieder sein Amt als Polizeipräsident übernehmen werde. Es sei richtig, daß ihm eine ganze Reihe von Auforderungen zugegangen ist, sich aktiv im politischen Leben zu betätigen. Dr. Schöber werde jedoch wieder ein Mandat übernehmen noch sonst irgendwelche politische Tätigkeit entfalten.

Berufungsverhandlung gegen Böß.

Die entlassene Anklage auf dem Strohbeet.
Vor dem 9. Senat des Oberverwaltungsgerichts, des Disziplinargerichts zweiter Instanz, begann die auf zwei Tage angelegte Berufungsverhandlung in dem Verfahren gegen den Berliner Oberbürgermeister Böß. Der Bezirksauschuss als erste Instanz hatte, wie man sich erinnern dürfte, gegen Böß auf Dienstentlassung erkannt.

Nach der Vernehmung des Oberbürgermeisters werden die umfangreichen Protokolle über die Zeugnisaussagen, die feinerseit der Untersuchungsminister Zapoloffi aufgenommen hat, vorgelesen. Den Vorsitz in der Verhandlung führt Oberverwaltungsgerichtsrat von Seipius an Stelle des Senatspräsidenten Gröniger, den Böß mit Erfolg wegen Verletzung der Befangenheit abgelehnt hat.

Es verläutet, daß Oberbürgermeister Müller-Wieland bei seiner Vernehmung erklärt habe, der verhaftete Oberbürgermeister Schallbach habe ihm kurz vor seinem Tode gesagt, daß er feinerseit Böß vor dem Untersuchungsrichter

zu Unrecht befaßt

habe: er habe Böß nicht die Pflicht von seinen Bedenken gegen die Klare's Erkenntnis gehabt, sondern nur in einem Privatgespräch solche Bedenken laut werden lassen.

Erörterungen über „Zellenbildung“.

Der Untersuchungsrichter im Prozeß gegen die Ulmer Offiziere.

Im Prozeß gegen die Reichswehroffiziere kam es zu lebhaften Erörterungen über die Ausdrücke „Nationalsozialistische Zellen“ und „Zellenbildung“. Der als Zeuge vernommene

Untersuchungsrichter Landgerichtsdirektor Dr. Braune wies darauf hin, daß in der Hauptverhandlung wiederholt davon gesprochen worden sei, er sei auf der Jagd nach Nationalsozialistischen Zellen gewesen und habe dann den Zeugen solche Ausdrücke in den Mund gelegt und sie veranlaßt, sie gegen ihren Willen zu gebrauchen. Er erklärte unter feinerem Zugabe, daß Braune der Herr Lt. Leunemann zu hohem ihm gefanden, daß er Verbindung mit der R. D. M. H. aufgenommen und Offiziere befehligt und gebeten habe, sich als Vertrauensleute zu betätigen und im Saal dafür zu werben, daß bei einem Zusammenstoß der Reichswehr mit der Regierung auf diese Verbände nicht geachtet werde.

Der Angeklagte Scheringer befandete auf Befragen, er habe nicht das Gefühl gehabt, daß Braune ihn als Verbrecher behandeln wolle. Er habe aber den Eindruck gehabt, daß der Untersuchungsrichter gegen die R. D. M. H. eine gewisse Verehrung empfindet. Er habe Dr. Braune eine gewisse Verehrung entgegengebracht.

Der Zeuge Hauptmann A. D. von Pfeiffer wies darauf hin, daß der Untersuchungsrichter den Ausdruck „Zellenbildung“ ihm gegenüber zuerst gebraucht habe, was der Untersuchungsrichter als möglich hinhielt.

Der Angeklagte Zubin glaudt feststellen zu können, daß Dr. Braune ihn gegenüber der Herr Lt. Leunemann zu hohem ihm gefanden, daß er Verbindung mit der R. D. M. H. aufgenommen und Offiziere befehligt und gebeten habe, sich als Vertrauensleute zu betätigen und im Saal dafür zu werben, daß bei einem Zusammenstoß der Reichswehr mit der Regierung auf diese Verbände nicht geachtet werde.

Der Angeklagte Zubin erklärte fobann, daß Böß Wort komme im Kasino jeden Tag vor.

Eine Erklärung des Vorsitzenden im Reichswehrprozeß.

Fortsetzung der Weisungsanfrage.

Im Prozeß gegen die Reichswehroffiziere gab der Vorsitzende, Reichsgerichtsrat Dr. Baumgarten, eine Erklärung ab, in der er darauf hinwies, daß er aus den Kreisen des Publikums, teils mit, teils ohne Namensnennung, täglich ungefähr ein Dutzend Briefe

erhalte, in denen mehr oder weniger lebhaftes zu Gunsten oder zum Nachteil der Angeklagten Stellung genommen und versucht werde, auf das Gericht einzuwirken. Während die einen erklären, die drei Angeklagten müßten selbstverständlich freigesprochen werden, seien die anderen ebenso selbstverständlich der Ansicht, daß die Angeklagten verurteilt werden müßten. Alle diese Aufstellungen ließen die Richter fort. Der Vorsitzende betonte, daß er und seine Kollegen in völlig unparteilicher und rein sachlicher Weise bemüht seien, niemandem zu Liebe und niemandem zu Unrecht in diesem Prozeß das Recht zu finden. Das Publikum möge also beredigte zweifelhafte Zuschriften unterlassen. Dann wurde mit der Vernehmung des Leutnants Füssen von 2. Artillerieregiment in Stettin in der Weisungsanfrage fortgefahren.

Der Zeuge erklärte, er habe mit dem Angeklagten Zubin auf dessen Witten hin in Berlin eine Unterredung gehabt. Dabei sei man auf die traurige Lage des Vaterlandes zu sprechen gekommen. Der Geist der Strafbefreiung, so sagte Zubin, sei in der Reichswehr mehr und mehr geschwunden. Es gelte, dem Geist der Wehrpflicht wieder zu geben. Politisch müßten dem Soldaten diejenigen Vertrieben aus nördlichen Gebieten, die unterlandische Stimmung zeigten. Von der Entgegennahme von Weisungen durch einen nationalsozialistischen Vertreter lie nicht die Rede gewesen, auch

nicht von Unterstützung zum Angehörigen.
wohl aber davon, daß ein Einsatz der Reichswehr durch die Regierung die letzte nationale Bewegung in Deutschland nicht zugrunde gehen dürfe. Mit die Erklärungen des Zeugen, er würde von feinem Standpunkte aus einen Ruf für ungeheurer laaschdändig haben, habe Zubin gesagt, daß ein solcher Ruf in a obige Zeit nicht in Frage komme.

Während der Vernehmung des Leutnants Füssen, die sich zu einem lebhaften Kreuzverhör gestaltete, erhob sich der Saalverwärtiger Major Theissen zu der Erklärung, daß die Worte des Leutnants Füssen, es sollten die Namen der national denkenden Offiziere aufgenommen gestellt werden, mißverständlich werden können. Man könnte

daraus schließen, daß es im Offizierkorps der Reichswehr Leute gebe, die nicht national dächten.

Das ganze Offizierkorps, die ganze Wehrmacht pflege den Wehrgeheimen, lehne den Faschismus in landläufiger Weise ab und werde nicht national. Die Reichswehr sei in erster Linie zum Schutze der Grenzen da, zur Verwendung als Polizeitruppe sei sie nicht gedacht. Bei inneren Unruhen werde zuerst immer die Polizeimacht in Bewegung gesetzt und erst dann, wenn diese nicht ausreichte, die Reichswehr.

Als Major Theissen dann sagte, man habe die Anweisung gegeben, in der Reichswehr aufstrebend zu wirken, erinnerte der Verteidiger an den sogenannten

„Goldene Uhren-Erlass“

vom 4. März d. J., in dem zur Demoralisationsfähigkeit im Saal ausgefordert werde. Dieser Erlass gegen gefesselt in den Saal, was man hier projizierte. Major Theissen erwiderte, der Reichswehrminister müsse mit allen Mitteln betreiben, der Fortsetzung von rechts oder links entgegenzutreten. Die Wunde der Mittel müsse ihm überlassen sein. Theissen's Handlung sei sich bei diesem Erlass nicht um goldene Uhren als Belohnung für Angehörige. So wohlhaben sei das Reich nicht. Es handelte sich einfach im Uhr.

Göbbels-Prozesse.

Ein Vorführungsbeehl gegen Dr. Göbbels erlassen.

Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Dr. Göbbels sollte sich vor dem Schöffengericht Charlottenburg wegen Beleidigung des Kommandeurs der Berliner Schutzpolizei, Oberst Heilmann, und des ehemaligen Ministers Grafen, des Kriminalkommissars Busdorf, ferner wegen Beleidigung und wegen Beschimpfung der jüdischen Religionsgemeinschaft verantworten. Da Dr. Göbbels nicht erschienen war, sondern sich durch ein ärztliches Attest entschuldigen ließ, beantragte der Staatsanwalt, gegen den Angeklagten einen Haftbefehl zu erlassen. Das Gericht beschloß, den Verhaftungsantrag Dr. Göbbels' als nicht ausreichend begründet abzulehnen, verlegte den Termin, siehe einen neuen Verhandlungstag auf Montag, den 13. Oktober, fest und erließ einen Vorführungsbeehl gegen Göbbels.

Prinz Leopold von Bayern 1.

Prinz Leopold von Bayern ist Sonntag abend im Leuchtenberg-Palais an Altersschwäche erkrankt. Prinz Leopold ist im 85. Lebensjahre. Dem Vernehmen nach ist er einer beginnenden Hirnarterienverkalkung erlegen.

Prinz Leopold war ein Sohn des Prinzen Luitpold, des nachmaligen Regenten von Bayern. Er nahm an den Feldzügen 1866 und 1870/71 teil. 1905 wurde er Generalfeldmarschall. Im Kriege führte er zunächst eine Armee gegen Anstalt, marschierte 1915 in Marichau ein und wurde später Oberbefehlshaber im Osten.

Dritter Rheinischer Evang. Kirchenlag.

Verammlung in Saarbrücken.

Der Dritte Rheinische Evangelische Kirchenlag in Saarbrücken hatte eine große Beteiligung anzuzuwenden. Die Zahl der Teilnehmer war um 20 Prozent gegenüber dem Saal der Saal. Der Vorsitzende des Saalgebietes einen Vortrag über die Zukunft des Protestantismus gehalten hatte, fand am Sonntag im Stadions Stadion die feierliche Eröffnung des Kirchenlages durch den protestantischen Bischof, Bischof des Rheinprovinz, Präses D. Wolff, statt. Er ließ zunächst die Teilnehmer und Ehrengäste willkommen. Auch die evangelische Kirchenvereine des Saalgebietes, die evangelische Pfarrer und die Stadt haben Vertreter entsandt. In feiner Begrüßungswort wies D. Wolff darauf hin, daß Kirchentage aus der lebendigen schicksalhaften Verbundenheit von Saal und Zeit

entwischen. Das deutsche Volk sei in schwerster Not; jedoch wisse man, daß das Welt glückselig sei. Seit der Abrechnung vom Reich ist das Saarland stets das Sorgenkind der Lösung der protestantischen Kirchen gewesen, und nicht an die Saalregierung die Wohnung, das Land im Geiste der Bevölkerung zu verwalten. Er verlas dann ein Begrüßungsprogramm an den Reichspräsidenten und die inzwischen eingetroffene Antwort. Am Nachmittag fanden an zehn Stellen der Stadt Gemeindefestern statt, denen das Thema „Der Kirchen Not und Verheilung“ zugrunde lag. Nach Beendigung der Festern trönten die Teilnehmer zum Rathausplatz, wo um 6 Uhr eine öffentliche Kundgebung stattfand. Präses D. Wolff ergriff hier das Wort zu einer kurzen Ansprache. Man wisse nicht, was die Zukunft bringe, aber er aus; darum heiße es, sich nicht vor dem Götzen des Zeitgeistes zu beugen, sondern sich zu dem Bekenntnis durchzuhalten. „Ein feste Burg ist unser Gott“. Mit dem Gelang dieses Liedes fand die Feier ihr Ende.

Preuß. Lehrerverein gegen Schulabbau.

15 000 beschäftigtungslose Junglehrer.
Die Öffentlichkeit wurde vor kurzem durch die Mitteilung eines zunächst als vertraulich behandelten Saalprogramms des preußischen Finanzministeriums übertrifft, nach dem von insgesamt 100 Millionen, die Preußen im nächsten Haushaltsjahr einparen muß, allein 51,7 Millionen von der Unterrichtsverwaltung aufzubringen sind. Wegen die solche Maßnahme notwendig ist, wird über die Verhältnisse des Schulwesens des Preußischen Lehrervereins in einer Entschuldigungs, in der es heißt: Der Preußische Lehrerverein lehne es mit Entschiedenheit ab, daß mehr als die Hälfte des Saalprogramms der Sparmaßnahmen allein von der Unterrichtsverwaltung durchgeführt werden solle.

Die kultur- und wirtschaftspolitischen Erfordernisse, insbesondere aber die Interessen unserer volkswirtschaftlichen Gemeinschaft, verbieten eine Einschränkung der Volksbildung, verlangen vielmehr einen weitgehenden inneren und äußeren Ausbau unseres Volksschulwesens. Es müsse durch eine umfassende Reorganisation des gesamten Schulwesens des bisherigen kostspielige Neben- und Nebeneinander im Schulabbau befristet werden. Die vom Finanzminister geforderte Erhöhung der Besuchs- und Durchschnittpunkte der Volksschulen sei als pädagogischen und humanistischen Forderungen zu verwerfen. Nach heute vorliegen in Preußen über 15 000 Junglehrer auf Überführung in die planmäßige Schularbeit.

Schluß der Inzeratenannahme

vormittags 8 Uhr.

Größere Inzerate erbitten jedoch schon tags vorher bis spätestens nachmittags 3 Uhr.

Im Zeichen der Ostnot.

Die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft tagt.

Die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft hält ihre diesjährige Verbstagung vom 30. September bis zum 3. Oktober in Stettin ab. Die Veranstaltungen der letzten Jahre fanden besonders im Westen und Süden des Reiches statt, um die innere Verbundenheit der Landwirtschaft

und der Industrie und dem Handel zum Ausdruck zu bringen. Die ostdeutsche Landwirtschaft begrüßt es freudig, daß die diesmalige Tagung im deutschen Osten stattfindet, um auf die nationalpolitische und wirtschaftliche Gefährdung des Ostens, dessen Erhaltung heute das Schicksal der Stunde ist, besonders aufmerksam zu machen.

Die ostdeutsche Landwirtschaft hat wichtige Abgabepunkte verloren, für die sie feinen Ertrag finden kann. Die Zusammenbruch alter Wirtschaften und die Abwanderung vom flachen Lande hat nirgendwo einen so bedrohlichen Umfang angenommen wie im deutschen Osten. Das sind die ersten Vorzeichen,

unter denen die Tagung stattfindet. Es werden sämtliche Einzelabteilungen der D. L. G. zusammengetrieben und über allen Beratungen wird die große Frage gestellt, wieweit der ostdeutsche Landwirt, auch der mittlere und kleine, in der Lage ist, noch

durch Selbsthilfe seine Existenzbedingungen erträglich zu gestalten, wobei nicht nur die Gesichtspunkte entscheidend sind, was durch eigene Pflanzung in dem Marktwesen zu erreichen ist usw., sondern auch die früher wenig beachteten Nebenbetriebe, wie die Viehzucht, in ein neues Licht gerückt werden.

In die Vorträge und Ausreden, an denen sämtliche führenden Fachmänner und die bedeutendsten Gelehrten der landwirtschaftlichen Hochschulen teilnehmen, schließt sich Besichtigungsreisen in das Gemüßbaugebiet der Oberbayer, in die Hochkulturbetriebe von Solange-Schillingen und die Saatwirtschaft auf dem Kamete-Steinbruch und die Viehzuchtwirtschaft Goldbeck-Pest sowie eine große Reihe von Vorführungen an, von denen besonders die Siedlungsplanungsmaßnahmen in Gafelow auf große Teilnahme rechnen dürfen.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Einberufung des Überwachungsaußschusses.

Der Reichstagsauschuss zur Wahrung der Rechte der Volkswirtschaft, der sogenannte Überwachungsaußschuß, ist für Dienstag zu einer Sitzung einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht die von der Regierung vorgeschlagene Verbilligung von Zinsfußsteig an Stelle des zollfreien Goldverkehrs.

Deutsche Goldtransporte nach Frankreich.

Ein neuer Goldtransport der Reichsbank, der vierte seit Beginn der von der Reichsbank ist bereits eingetroffen. Auch er betrug etwa 20 Millionen Mark, so daß sich der Gesamtbetrag der Goldabfuhr seit Beginn der vorigen Woche auf rund 140 Millionen Mark stellt. Die Goldtransporte nach Paris sind in der Saalphase darauf zurückzuführen, daß aus einer berechtigten Bewegung gegen den Anstalt der Reichstagsauschüsse zahlreiche französische Geldgeber ihre nach Deutschland gegebenen kurzfristigen Kredite gelündigt haben.

Reichsbanner soll aktiv werden.

Der Führer des Reichsbanners, Söring, sprach in Wilhelmshaven vor einer Reichsbannerversammlung. Die Wahl habe den republikanischen Parteien eine Niederlage gebracht, aber um so mehr müßte die Republik jetzt verteidigt werden, wenn es sein müßte, sogar mit dem Leben. Söring stellte drei Forderungen auf, die jetzt in den Vordergrund gerückt werden sollen: 1. Erhaltung der Republik, 2. Ausbau der Republik in sozialer und demokratischer Hinsicht, 3. Befreiung von Arbeit für die Erwerbslosen. Söring kündigte ein Programm des Reichsbanners an, das in der nächsten Nummer der Reichsbannerzeitung veröffentlicht werde. Söring wandte sich gegen die Nationalsozialisten. Er sei jetzt an der Zeit, daß das Reichsbanner aus feiner Passivität herausträte.

Belgien.

Verurteilung des italienischen Studenten de Rosa.
Der Prozeß gegen de Rosa wurde abgeschlossen. Der Angeklagte wurde des Vertriebs der Zeitung des Stronping Umberto von Italien für schuldig befunden und unter Anerkennung mildernder Umstände zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Das Attentat sollte bekanntlich beim Brandanschlag des italienischen Kronprinzen in Brüssel begangen werden. Der Verteidiger de Rosas richtete scharfe Angriffe gegen das System Mussolinis und gegen den italienischen König. Mussolini lie nicht mehr die ein Wundt, der König ein Eidbrüchiger. Der Verteidiger machte ferner den Versuch, dem Angeklagten vom rein formalen juristischen Standpunkt aus den Freispruch zu sichern, indem er sich nachzuweisen befreite, daß die Tat nach belgischem Recht überhaupt nicht strafbar sei, weil wohl die Missetat der Zeitung bestanden hat, es aber zu einem Beginn der Ausführung nicht gekommen sei.

Aus In- und Ausland

Schwarzenberg 1. Grabes. Bei einer Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten in benachbarten Vermögensgruppen wurden vier Leute schwer verletzt, so daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten.

Wien. Dr. Seipel ist am Montag von feiner Nordlandreise nach Wien zurückgekehrt und hat sofort die Verhandlungen mit den drifftschloßlichen Führern aufgenommen. Es gilt als wahrscheinlich, daß Dr. Seipel in dem neuen Kabinett einen hervorragenden Platz erhalten wird.

Budapest. Herrmanns Redungen zufolge soll die Futare der Regierung im Oktober stattfinden.



Das Ereignis dieser Woche!

Ludwig Ganghofer's bester Roman verfilmt.

Ein Film von bleib. Eindruck!

Voranzeige
Lichtspielhaus Neue Welt

Das Schweigen im Walde

In der Hauptrolle:
Wilhelm Dieterle

Achtung! Achtung!

Habe i. meiner Herrenabteilung die Vertretung
der Original-Mey-Kragen
mit übernommen.

Wählen Sie den **Mey-Kragen** mit
seinem Wäschstoff, er ist der Richtige.
Sie werden von dem billigen Preis
überzeugt sein, bedenken Sie aber folgendes:
der **Mey-Kragen** ist kein Dauerkragen,
ist nicht abwaschbar und wird auch nicht
gewaschen, sondern fortgeworfen wenn
er unauber ist. Er erspart die Sorge um
die Blättwäsche und bietet immer den Reiz
eines neuen Kragens. Der Preis einer
Original-Schachtel mit zwölf Mey-Kragen
beträgt 2.80 Mk.

Der **Mey-Kragen** mit seinem Wäschstoff
ist der ideale Herren-Kragen.

Ernt' Reichte, Adertr. 16.

Auto- und Motorrad-Reparaturen!

Auto- und Motorrad-Ersatzteile
Auto- und Motorrad-Laufdecken
und Luftschläuche

Fahrrad- u. Nähmaschinen-
Reparaturen
Fahrrad- u. Nähmaschinen-
Ersatzteile

Autogenschweißerei- u. Drehbankarbeiten.

Fritz Rödler

Autoführer - Fahrkurse
Fahrkurse. Fernruf 253.

„Königin der Mode 1930“

Asta Offermann führt in **Wittenberg**
mit anderen preisgekrönten Mannequins zur

Herbst-Modenschau

in **Balters großem Saal** vor.
Montag, 6. Okt., nachm. 1/4 Uhr, abd. 8 Uhr

**J.G. Schneider, Markt Ecke Juristen-
straße** Fernruf 3115.

Fa. M. Böttcher, Collegienstraße, zeigt H ü t e
Bühnenausrüstung: **Gebr. Lauter**
Preise der Plätze: Numm. 1-30, Saal u. Balkon 1.-
Karten gelten beim Einkauf von 25 RM. als Gutschein

Anlässlich unserer Vermählung
sagen wir allen unseren Freunden
die uns so überreich bedacht
haben unseren herzlichsten Dank

Hermann Wiewicke u. Frau

Annaburg, am 27. Septbr. 1930

Nachdem wir unseren lieben, unergötlichen
Sohn und Bruder

Hermann

zu seiner letzten Ruhestätte gebracht haben,
drängt es uns, allen lieben Freunden und Be-
kannnten für die vielen Kranz- und Geldspenden,
sowie das ehrenb. Grabgesetz recht innig zu
danken. Aufrichtigen Dank Herrn Dr. Schilke
nebst Frau Gemahlin, Herrn Dr. Springer,
sowie den Herren Kempe und Kaiser und
Schwester Elisabeth für die erste Hilfe, die
unserem lieben Toten zuteil wurde. Derartigen
Dank auch Herrn Lehrer Bäumchen, sowie
seiner Mitschüler, den freiwilligen Trägern
und Herrn Barrer Schrodt für seine zu Herzen
gehenden Trostsworte am Grabe.

Sie aber, lieber Herrmann, der Du so früh
von uns gegangen bist, ruhen mit trauernden
Herzgen ein „Ruhe sanft!“ in Deine kühle
Gruft nach.

Die tieftrauernde Familie

Willi Brösigen und Verwandte.

Annaburg, den 29. September 1930.

Achtung!
Ausnahme-Tage
Bitte beachten Sie mein Schaufenster
Richard Selbmann (Inh. E. Grunert)

Stets frisch:

Portland-Zement
Ba. Gips
Rohrgewebe
Schlemmfreie
Defillierter Feer
Kerbolinenum
Klebebanne
Dachpappe
Fahrbauwolle
Geldschläger Kalf
Nägels, Farben
Eisenhämmer
Zandrohren
Schweinezüge
Zerletröge
Krippenschalen
Manierleine
Klinker, Kalksteine
Zedernleiste
Hobelblechen
(Spezialität)

Schneiseifen
Fischerbretter
aller Art
Schalbretter
Schwarten f. Säune
und Holzfälle
Bogenbretter
Bollen, Katten
Bollen, Kantholz
Fußbodenlager
Brennenrohre
Wasspfähle
Zannpfähle
Drübröge
eich. Aderwalzen
Treppen (Spezial-
ität), sowie
alle vorkommen-
den Bau- und
Küchhölzer
empfehl

Wilhelm Kunze

Uspulun, wirksamste Nagbeize
Raupenleimpapier
Raupenleim, äußerst widerstandsfähig
Solber, zur Bekämpfung pilzlicher und
tierischer Schädlinge in Obst- und
Gartenbau
Aphidon, gegen Blutlaus, Blattlaus
und andere Insekten
Rosprakt, Spritzmittel zur gleichzeitigen
Bekämpfung von Schädlingen
J. G. Fritzsche

Polizeiliche An- und Abmeldescheine
und vorrätig in der Buchdruckerei **S. Steinbeiß.**

Was die Dame im Herbst trägt

zeigt ihnen mein reichhaltiges Lager

Kleidsame Herbstmäntel

aus Stoffen englischer Art
aus Velour in sich gemustert
aus Ottomane u. Charmelaine

Kleider

eins schöner
als das andere

aus neuen modernen Stoffen,
wie sie die Mode bevorzugt,
schön garniert — — — kurz,
Kleider die jedem gefallen!

Die Mäntel sind entzückend
gearbeitet, gefüttert und
ungefüttert, teils mit,
teils ohne Pelzbesatz. Die
Preise — — nun diese er-
staunlich billigen Preise
müssen Sie selbst sehen! —

Flotte preiswerte
Straßenkleider
Tanz- und Gesell-
schaftskleider
Frauenkleider

Carl Quehl

Redaktion, Druck und Verlag von Herm. Steinbeiß Annaburg

M. G. V.
Die
Gefangensünde
findet diese Woche
am Freitag statt.

Heute frische
Büchlinge
J. G. Fritzsche.

Speise- kartoffeln

Odenwälder blaue 2 Mk.
Indultrie 2,25 Mk.
liefert jede Menge
F. Buggisch,
Gut Annaburg.

Bestellungen auf
Britetts
werden entgegengenommen
J. G. Fritzsche.

Ihre Arbeitskraft
wächst, wenn Sie in
der trockenen Luft
geheizter Arbeits-
räume die bewährten
"Kaiser's Brust-Ca-
ramellen" gebrauch-
chen. Über 15000
beglaub. Zeugnisse
sprechen für die gro-
ßen Erfolge. Weisen
Sie Nachahmungen
zurück u. verlangen
Sie stets die echten

**Kaiser's
Brust-
Caramellen**
mit den 3 Tannen

Zu haben bei:
Apothek A. Schmorde
Drogerie Otto Schwarz
Theobald Schunke,
Otto Riemann's Kl.
und wo Plakate sichtbar

Zum Waschtage

Prima Kernseife 1000 gr. Kiegel nur **88** pf.
Prima Kernseife 500 gr. Kiegel nur **45** pf.
Prima Kernseife Handstück 200 gr. **20** pf.
Pa. Schmierseife gekörnt Pfund **46** pf.
Washpulver mit Seifensch. 250 gr. P. **40** pf.
Scheuertücher groß und fest Stück **45** pf.
Hamburger Kaffeelager
Bernhard Riemann
Thams & Garfs Niederlage Annaburg

Neu eingetroffen:

Damen-Wintermäntel
in Velour, Ottomane, Charmelaine mit und ohne Pelzbesatz
Aleiderstoffe in Wolle und Halbwole
Modern gemust. Waschjamte.
Gebast. Schimmeyer

Handwagen

in laubterer, dauerhafter Ausführung in allen Größen.
Ersatzteile und Räder stets vorrätig.
Solide Preise!
Zentrifugen :-: Butter-Maschinen
Fahrräder, Motorräder, Ersatzteile.
Reparaturen aller Art.
Wilhelm Grahl.

Donnerstag empfehle:

frische Seefische
in starrer Eispackung
J. G. Fritzsche.

Zum Verschließen Ihrer Einmachgläser
Cellulose-Einmachpapier
und Galtichl - Pergament

(Schützt Eingemachtes vor dem Verderben) empfiehlt
Herm. Steinbeiß.

Gebrauchter, transportabler
Ofen
(Kachel oder Eisen)
zu kaufen gesucht
Angeb. a. d. Geschäftsfelle
Weiß, rote und gelbe
Kartoffeln
hat abzugeben
Böttcher
Gut Raasdorf

la Salzheringe
schöne weiße Ware
◆ **Sardellen** ◆
Fett-Büchlinge
stets frisch, empfiehlt
M. Selle, Markt 1
Garantol,
bestes Eierkonservierungs-
Mittel, zu haben bei
J. G. Fritzsche.

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nach 3 Uhr.
Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Bezugsräger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Zogauerstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1. Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnorte 7 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Zeitl. 10 Goldpfennig, im Restamt 30 Goldpfennig, einseitig, unregelmäßig, Schwärzlicher und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen-Annahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 6 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezugsstelle.

Nr. 117.

Dienstag, den 30. September 1930.

33. Jahrg.

Silauen bestreiten das Recht der Memel

Antwort von Dr. Curtius.

Der Völkerrundrat hat einstimmig beschlossen, die von der deutschen Regierung vorgeschlagene Memelbeschwerte auf die Tagesordnung der gegenwärtigen Tagung des Völkerrundrates zu setzen. Zum Berichterstatter wurde Hambro-Norwegen ernannt, der in der nächsten Woche dem Rat zu berichten hat. Der litauische Außenminister erklärte, daß nach dem Pariser Abkommen von 1924 die Memelländer kein Recht hätten, über die Verwaltung des Memelgebietes eine Beschwerte vor den Rat zu bringen. Litauen müsse feststellen, daß die Entschädigung des Zurechtweisens dieses Gebietes nicht herbeiführen würde und seine deshalb keine Entschädigung an Deutschland will. Hinsichtlich der litauischen Außenminister, verhandeln, in späteren Fällen aber die Verwaltung des Memelgebietes als einvernehmlich sei, die Memelbeschwerte auf die Tagesordnung der gegenwärtigen Tagung zu setzen. Er lehnte ferner ausdrücklich die Stellungnahme Litauens ab, in der das Recht der Memelländer bestritten wird, sich an Mitglieder des Völkerrundrates zu wenden. Den Angriff der litauischen Regierung gegen das Recht müsse er aufs nachdrücklichste zurückweisen.

Ein Verständigungsversuch.

Zwischen Curtius und dem litauischen Außenminister Zauinis hat im Anschluß an die Ratssitzung eine längere Unterredung stattgefunden, in der erneut die Forderung der beiden Hauptpunkte der Memelbeschwerte (parlamentarische Bildung des Memelrektorats und Entfaltung jeder Wahlberechtigung) aufgenommen worden ist. In direkten Verhandlungen zwischen der deutschen und der litauischen Regierung soll in der nächsten Tagung versucht werden, von der litauischen Regierung Garantien zu erhalten, durch die die Erfüllung der beiden deutschen Hauptforderungen sichergestellt werden soll.

Curtius und Benesch verhandeln.

Das Unterbreitungsverfahren.

Reichsaußenminister Dr. Curtius hatte am Montag eine einstündige Unterredung mit dem tschechoslowakischen Außenminister Dr. Benesch, die in erster Linie den letzten Anträgen in Prag gewidmet hat. Über das Ergebnis der Unterredung werden von amtlicher Seite keinerlei Mitteilungen gemacht, jedoch kann abgenommen werden, daß Dr. Curtius im Laufe der Unterredung sehr nachdrücklich auf die unerwünschten Auswirkungen derartiger Zwischenfälle und die Notwendigkeit der Verhinderung ähnlicher Vorkommnisse hingewiesen hat.

In Prag wurde eine Untersuchung eingeleitet, die feststellen soll, wer die Schuld am Verhalten der Prager Polizei gegenüber den Demonstranten trägt. Einige höhere Polizeibeamte hatten sich geweigert, dem Wunsch des Polizeipräsidenten nach scharfen Maßnahmen zu entsprechen. Andererseits wird behauptet, der Innenminister habe dem Polizeipräsidenten die Befehle gegeben, den Demonstranten mit äußerster Wildheit entgegenzutreten.

In der Gründungsversammlung der tschechoslowakischen Liga für Menschenrechte wurde ein Antrag angenommen, der sich gegen die Gesetze richtet. In dem Antrag heißt es: „Die Deutschen und die jüdischen Mitbürger in Prag haben ein unveräußerliches Recht auf Sicherheit, Achtung und Gleichberechtigung. Diejenigen, die dieses Recht verletzen, vergrößern sich hinterhältig an der Demokratie der Tschechoslowakei, und es ist politische Demagogie niedriger Art, wenn sie ihre Taten Patriotismus nennen.“

Die Schutzmaßnahmen für die Landwirtschaft.

Die Abneigung, die von der außer-europäischen Agrarstaaten gegen die Schutzmaßnahmen der europäischen Landwirtschaft während der Völkerrundratsversammlung zu Tage getreten ist, hat ihren Niederschlag in dem Bericht und der Entschädigung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der Völkerrundratsversammlung gefunden. Der Ausschuss nahm einstimmig eine Entschädigung an, in der von den Verantwortlichen der tschechoslowakischen Agrarverwaltung Kenntnis genommen, jedoch abgelehnt wird, zu der Frage der Vorgehensbehandlung der europäischen Agrarprodukte Stellung zu nehmen.

Die große Aussprache des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der Völkerrundratsversammlung über die Dumping- (Unterbreitungs-) Frage ist mit der Annahme einer Entschädigung abgeschlossen worden, die auf deutschen Antrag hin eine wesentliche Abschwächung des ursprünglichen

Entwurfs darstellt. In der nunmehr angenommenen Entschädigung ist es jedoch lebhaft, daß die Völkerrundratsversammlung die schweren wirtschaftlichen Folgen der verschiedenen Dumpingmethoden feststellt und den Wunsch ausdrückt, daß im Rahmen der im Genfer Handelsabkommen beschlossenen künftigen wirtschaftlichen Verhandlungsverhandlungen ein gemeinsames Vorgehen gegen jede Art von Unterbreitung getätigt werden soll. Das geschah auf deutsche Anregung.

Haarspaltereien.

Zwei Wochen hat die Regierung gebraucht, um ihre Vorlagen für den Reichstag fertigzustellen, und wieder zwei Wochen bleiben ihr für die vielleicht noch schwierigere Arbeit, eine parlamentarische Basis im Reichstag hierfür zu schaffen. Denn die Vorlagen sollen und wollen ja nicht nur eingebracht, sondern auch durchgesetzt werden. In den nächsten vierzehn Tagen wird der Reichsanwalt für die Ursachen der Fraktionen über die Gegenwürfe erfahren und — berichtigenden Müssen, wenn er sich nicht einer oppositionellen Mehrheit gegenüber sehen will. Aber das Kabinett-Brünnchen soll wenigstens so lange am Feuer bleiben, als ein offenes Mißtrauensvotum des Reichstages nicht vorliegt. Insofern ist bei diesen Dingen um die parlamentarische Mehrheitsbildung ein tatsächlicher Vorteil, als irgendwelche festen Gegenwürfe bisher von seiner Partei ausgearbeitet sind, bei einem an sich ja durchaus nicht unmöglichen Sturz der Regierung Brünnchen also auch erst ein neues Programm aufgestellt werden müßte. Nun sind aber die Möglichkeiten, im Reichstag eine arbeitsfähige Mehrheit zu bilden, ganz außerordentlich beschränkt, so sehr, daß immer wieder das Gerücht von einer — Reichstagsauflösung auftaucht. Daß die Regierung sich bisher um die Mehrheitsbildung nicht oder kaum bemüht, daß also, was man als „parlamentarische Lage“ bezeichnet, bisher ganz ungewiss ist und bleibt, hat auch viel dazu beigetragen, daß die parteipolitischen Reihenfolge eifrig in Bewegung gesetzt wurden.

Insofern auch erfüllt die tatsächliche Lage für das Kabinett-Brünnchen eine Stärkung, als die finanziellen und sonstigen Reformvorläufe nur leiser allmählich von dem Ernst der Gegenwart überschattet werden. Es ist einfach fest zu machen, für das Kabinett-Brünnchen oder die Regierung ist die Lage nicht so hoffnungsvoll, wie es in den letzten Tagen der Unterredung mit dem Reichstag im großen und ganzen im Kampfe nicht nur in den Parteien im Reichstag, sondern auch in den Kreisen der Bevölkerung, die unter dem Eindruck der Unterredung eingeleitet, die feststellen soll, wer die Schuld am Verhalten der Prager Polizei gegenüber den Demonstranten trägt. Einige höhere Polizeibeamte hatten sich geweigert, dem Wunsch des Polizeipräsidenten nach scharfen Maßnahmen zu entsprechen. Andererseits wird behauptet, der Innenminister habe dem Polizeipräsidenten die Befehle gegeben, den Demonstranten mit äußerster Wildheit entgegenzutreten.

In der Gründungsversammlung der tschechoslowakischen Liga für Menschenrechte wurde ein Antrag angenommen, der sich gegen die Gesetze richtet. In dem Antrag heißt es: „Die Deutschen und die jüdischen Mitbürger in Prag haben ein unveräußerliches Recht auf Sicherheit, Achtung und Gleichberechtigung. Diejenigen, die dieses Recht verletzen, vergrößern sich hinterhältig an der Demokratie der Tschechoslowakei, und es ist politische Demagogie niedriger Art, wenn sie ihre Taten Patriotismus nennen.“

In der Gründungsversammlung der tschechoslowakischen Liga für Menschenrechte wurde ein Antrag angenommen, der sich gegen die Gesetze richtet. In dem Antrag heißt es: „Die Deutschen und die jüdischen Mitbürger in Prag haben ein unveräußerliches Recht auf Sicherheit, Achtung und Gleichberechtigung. Diejenigen, die dieses Recht verletzen, vergrößern sich hinterhältig an der Demokratie der Tschechoslowakei, und es ist politische Demagogie niedriger Art, wenn sie ihre Taten Patriotismus nennen.“

In der Gründungsversammlung der tschechoslowakischen Liga für Menschenrechte wurde ein Antrag angenommen, der sich gegen die Gesetze richtet. In dem Antrag heißt es: „Die Deutschen und die jüdischen Mitbürger in Prag haben ein unveräußerliches Recht auf Sicherheit, Achtung und Gleichberechtigung. Diejenigen, die dieses Recht verletzen, vergrößern sich hinterhältig an der Demokratie der Tschechoslowakei, und es ist politische Demagogie niedriger Art, wenn sie ihre Taten Patriotismus nennen.“

In der Gründungsversammlung der tschechoslowakischen Liga für Menschenrechte wurde ein Antrag angenommen, der sich gegen die Gesetze richtet. In dem Antrag heißt es: „Die Deutschen und die jüdischen Mitbürger in Prag haben ein unveräußerliches Recht auf Sicherheit, Achtung und Gleichberechtigung. Diejenigen, die dieses Recht verletzen, vergrößern sich hinterhältig an der Demokratie der Tschechoslowakei, und es ist politische Demagogie niedriger Art, wenn sie ihre Taten Patriotismus nennen.“

In der Gründungsversammlung der tschechoslowakischen Liga für Menschenrechte wurde ein Antrag angenommen, der sich gegen die Gesetze richtet. In dem Antrag heißt es: „Die Deutschen und die jüdischen Mitbürger in Prag haben ein unveräußerliches Recht auf Sicherheit, Achtung und Gleichberechtigung. Diejenigen, die dieses Recht verletzen, vergrößern sich hinterhältig an der Demokratie der Tschechoslowakei, und es ist politische Demagogie niedriger Art, wenn sie ihre Taten Patriotismus nennen.“

ein Jahr schon ist es her, daß eine umfassende Finanzreform angeht wurde; sie ist bisher ausgeblieben. Was geschehen ist, was geschaffen wurde, waren nur Maßnahmen, vom Zwang der Stunde diktiert. Oft hat die Regierung Brünnchen im Wahlkampf zugehört, dem neuen Reichstag eine wirkliche Reform vorzuschlagen zu wollen... Das sollte nun auch geschehen. Von einem „Programm der Sachlichkeit“ hat ein Minister vor vierzehn Tagen gesprochen und hat namens des Kabinetts damit auch etwas verprochen. Vom Reichstag ebenso wie von der Sachlichkeit der Regierung wird es abhängen, ob dieses Versprechen nun auch zur Wirklichkeit wird.

Sitzung des Reichswahlprüfungsausschusses.

Ergebnisse des Reichswahlprüfungsausschusses.

Unter Vorsitz des Reichswahlprüfungsausschusses, Geheimrat Dr. Baumann, fand eine Sitzung des Reichswahlprüfungsausschusses statt, um das endgültige Ergebnis der Reichswahlprüfung festzustellen. Nachdem aus den Wahlfreien die amtlichen Ergebnisse vorliegen, besteht die Aufgabe des Reichswahlprüfungsausschusses lediglich noch darin, die Berechnung der Reichswahlprüfung für die Reichswahlprüfung vorzunehmen. Die Berechnung, deren Ergebnis schon bekannt ist, wurde von Reichswahlprüfungsausschuss genehmigt.

Wahlprüfung 28 Prozent.

Am 28. September 1930 fand eine Sitzung des Reichswahlprüfungsausschusses statt, um das endgültige Ergebnis der Reichswahlprüfung festzustellen. Nachdem aus den Wahlfreien die amtlichen Ergebnisse vorliegen, besteht die Aufgabe des Reichswahlprüfungsausschusses lediglich noch darin, die Berechnung der Reichswahlprüfung für die Reichswahlprüfung vorzunehmen. Die Berechnung, deren Ergebnis schon bekannt ist, wurde von Reichswahlprüfungsausschuss genehmigt.

Volksstumpfsiege an der Nordgrenze.

Einwanderung des Deutschen Landes in Preußen. In Preußen wurde im Weissen des Ministerialrats Tiedke als Vertreter der Reichsregierung, des Oberpräsidenten Stübgen und des Regierungspräsidenten von Oesterlin die Deutsche Haus eingeweiht. Oberbürgermeister Dr. Zoschke führte in seiner Festansprache aus: Der Zusammenbruch unseres Volkes habe besondere Gefahren in den Grenzgebieten gebracht. Daß das Volkstumserbe in Zeiten großer nationaler Entscheidungen nicht verloren gehen sollte, habe man beim Abstammungstest gesehen. Die Gefahr der Abdrückung deutscher Volksstämme sei geboten. Darum sei es geboten, gerade in den Grenzgebieten durch verstärkte planmäßige Pflege das Volkstum zu stärken. Diesem Zwecke solle auch das Deutsche Haus dienen.

Brotverkauf nach festem Gewicht.

Polizeiverordnungen in Sicht. Nachdem es sich herausgestellt hat, daß trotz des im Artikel III des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Vermarktung von Zuluandweizen angeordneten Handels mit Brot nach festem Gewicht das Brot wie bisher nicht nach festem Gewicht verkauft wird, hat der preussische Landwirtschaftsminister die Preispolizeibehörden angeordnet, Polizeiverordnungen zu erlassen, durch die angeordnet wird, daß Brot im Gewicht über 250 Gramm nur nach festem Gewicht verkauft werden darf.

Schobers Pläne.

Der Bundeskanzler wird wieder Wiener Polizeipräsident. Von einer dem ehemaligen Bundeskanzler Dr. Schöber nahe stehenden Seite wird berichtet, daß sich Dr. Schöber zunächst auf einen kurzen Erholungsurlaub begeben und dann wieder sein Amt als Polizeipräsident übernehmen werde. Es sei richtig, daß ihm eine ganze Reihe von Anforderungen zugegangen ist, sich aktiv in politischen Leben zu betätigen. Dr. Schöber werde jedoch wieder ein Mandat übernehmen noch sonst irgendwelche politische Tätigkeit entfalten.